

Auf Kosten der Armen

FAMILIENPOLITIK Schwarz-Rot will den Kinderzuschlag ausweiten. Doch das Instrument benachteiligt die Schwächsten. Vera Bünnagel und Johann Eekhoff erklären, warum



Mangel: Die staatliche Unterstützung reicht gerade für das Nötigste. Doch den Kinderzuschlag erhält nur, wer verdient.

FOTO: HARTMUT SCHWARZBACH/ARGUS

Von Vera Bünnagel und Johann Eekhoff

Im Grundsatz sind sich Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) und Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) einig: Beide wollen den Kinderzuschlag ausweiten und so die Kinderarmut bekämpfen. Künftig sollen 500 000 Jungen und Mädchen Anspruch auf die Unterstützung haben, vier Mal so viele wie bisher. Den Kinderzuschlag, der bis zu 140 Euro im Monat beträgt, erhalten Eltern, die mit ihren Einkommen den eigenen Lebensunterhalt decken können, jedoch nicht den ihres Nachwuchses. Die Leistung, die aus Steuermitteln finanziert wird, soll Familien vor dem Bezug von ergänzendem Arbeitslosengeld II (ALG II) bewahren. Damit werden Kinder und Familien, die den Kinderzuschlag beziehen, nicht mehr in den einschlägigen Armutsstatistiken erfasst. Zwar sind sie unverändert auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu decken. Doch da diese nun nicht mehr „ergänzendes ALG II“ heißt, sondern Kinderzuschlag, leben statistisch gesehen weniger Kinder in Armut, faktisch hat sich ihre Zahl jedoch nicht verändert.

Hoher Aufwand, wenig Nutzen

Ginge es allein um eine Umbenennung der Unterstützung, würde das Instrument Kinderzuschlag zumindest keinen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Aber es verursacht zusätzliche Bürokratie und konterkariert damit ein Ziel der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum ALG II im Zug der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Zugleich stigmatisiert es die Bezieher von ALG II. Denn die Politik erklärt offen, sie wolle Familien vor Hartz IV schützen. Dass die Familien von einem neuen Transfersystem abhängig werden, wird dabei nicht offen ausgesprochen oder sogar als Verbesse-

rung dargestellt. Auch finanziell entsteht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft solidarisch unterstützter Bürger. Denn wegen des Kinderzuschlags gilt nicht mehr das gleiche Grundsicherungsniveau für alle Armen. Vielmehr werden einer kleinen Gruppe höhere Zahlungen gewährt. Damit werden sie aus der Armutsstatistik herausgekauft.

Denn die Bezugsvoraussetzungen von Kinderzuschlag und ALG II weichen in mehreren Punkten voneinander ab. Das Einkommen der Eltern wird in beiden Fällen angerechnet, aber die Freibeträge beim Kinderzuschlag gehen über die des ALG II hinaus. Zugleich dürfen die Kinder für den Kinderzuschlag keine oder nur sehr geringe Einkünfte haben. Beim Arbeitslosengeld II hingegen kommt es ausschließlich auf das Familieneinkommen an, das heißt, die Kinder können etwas höhere Einkommen haben, wenn die Eltern ein sehr geringes oder kein Einkommen erzielen. Außerdem haben Bezieher des Kinderzuschlags Anspruch auf Wohngeld – dessen Höhe anders gestaffelt ist als die Erstattung der Wohnkosten beim ALG II. Und sie erhalten zusätzlich Kindergeld – während das Kindergeld auf das ALG II vollständig angerechnet wird.

Welche Transferkombination die attraktivere ist, hängt vom Einzelfall ab. In den Behörden gilt der Kinderzuschlag deshalb als schwer durchschaubares bürokratisches Monster, das erhebliche Verwaltungskosten verursacht. Da die Betroffenen alternativ stets ALG II beziehen können, ist sichergestellt, dass alle tatsächlichen Bezieher besser dastehen als vorher: Nur wenn die neue Transferkombination die Regelsätze des ALG II überschreitet, wird der Zuschlag gewährt. Daher stellen die Behörden viele Anträge auf Verdacht: Im vergangenen Jahr wurden so auch nur 38 000 von 242 000 geprüften Anträgen bewilligt. Fünf von sechs Anträgen wurden also abgelehnt.

Abgelehnt wird nicht nur wegen einer Überschreitung von Einkommens-

grenzen, sondern auch wegen Unterschreiten der Mindesteinkommensgrenze: Anders als beim ALG II gibt es für den Kinderzuschlag eine Einkommensgrenze nach unten. Wenn die Eltern nicht so viel verdienen, dass sie selbst davon leben können, kommt die Familie nicht in den Genuss der höheren Unterstützung.

Die Folge: Mit dem Instrument gegen Kinderarmut werden Kinder in bedürftigeren Familien weniger unterstützt als Kinder, deren Eltern ein höheres Einkommen erwirtschaften. Diese Ungleichbehandlung der Kinder durch den Staat ist durch nichts gerechtfertigt. Das Problem wird auch dann bestehen bleiben, wenn Schwarz-Rot den Kreis der Anspruchsberechtigten ausweitet.

Jeder Euro zählt

Bei den geringen Einkommen, um die es hier geht, wiegt jeder Euro schwer. Berechnungen des Instituts für Wirtschaftspolitik und des Otto-Wolf-Instituts für Wirtschaftsordnung zeigen, dass die Unterschiede bei Familien mit gleichem Bedarf schnell zwei- oder sogar dreistellige Beträge erreichen können. Ein Beispiel: Haben zwei Familien je zwei kleine Kinder und monatliche Mietkosten in Höhe von 538 Euro und liegen die Einkommen unter dem monatlichen Bedarf für den Lebensunterhalt, so benötigen beide ergänzende Transfers.

Beide überschreiten im Beispiel die für das ALG II geltenden Freibeträge für Hinzuverdienste. Ohne Kinderzuschlag wären die gesellschaftlich aufgestockten Einkommen daher für beide Familien identisch. Erreichen die Eltern in einer Familie die Mindesteinkommensgrenze, so haben sie einen Anspruch auf den Kinderzuschlag. Die andere Familie bekommt Arbeitslosengeld II – die Solidargemeinschaft der Steuerzahler stockt ihr Einkommen auf 1884 Euro auf. Der ersten Familie gewährt sie mit Kinderzuschlag, Wohn-

geld und Kindergeld 2205 Euro. Das sind 321 Euro mehr.

Zu Stigmatisierung, Ungleichbehandlung und Intransparenz kommen fragwürdige Arbeitsanreize hinzu. Die selbst erwirtschafteten Einkommen werden stufenweise auf den Kinderzuschlag angerechnet. Jede Überschreitung der Mindesteinkommensgrenze um volle zehn Euro reduziert den Zuschlag um sieben Euro. So können Hinzuverdienste das verfügbare Einkommen reduzieren. Besonders, wenn dadurch die Einkommensobergrenze überschritten wird, kann eine Ausweitung des Lohneinkommens das Haushaltseinkommen empfindlich schmälern, da der zuvor nur auf 30 Prozent reduzierte Zuschlag komplett wegfällt.

Wenn etwas gegen Kinderarmut getan werden soll, darf der Kinderzuschlag nicht ausgeweitet werden. Vielmehr müssten die Mittel für die ärmeren Familien eingesetzt werden, nämlich die Bezieher von ALG II und Sozialgeld ohne nennenswerten Hinzuverdienst. Die Regelsätze für alle Kinder könnten angehoben werden.

Zwar würden durch die geplante Ausweitung des Kinderzuschlags mehr Familien privilegiert – vermutlich würde die Mindesteinkommensgrenze abgesenkt. Doch die untragbare Ungleichbehandlung zwischen den Kindern, deren Eltern ein extrem geringes oder gar kein Einkommen erwirtschaften, und Kindern, deren Eltern einen Job haben und die Grenze erreichen, bleibt. Die wirklich armen Jungen und Mädchen gehen leer aus. Die beste Lösung wäre, dem Kinderzuschlag wieder abzuschaffen und auch die dann freiwerdenden Mittel entsprechend der Bedürftigkeit der Familien einzusetzen.

Vera Bünnagel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln und des Otto-Wolf-Instituts für Wirtschaftsordnung in Köln.

Johann Eekhoff ist Direktor beider Institute.

WORTSCHATZ

Bankenaufsicht

Seitdem die amerikanische Immobilienkrise deutsche Kreditinstitute erreicht hat, vergeht kaum ein Tag, an dem die Bankenaufsicht nicht in der Kritik steht. Deren Aufgabe ist es, die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors einer Volkswirtschaft zu sichern. Dabei werden nicht nur Bankgeschäfte, sondern auch sonstige Finanzdienstleistungen beobachtet, um ein stabiles Finanzsystem zu garantieren.

In Deutschland wird die Bankenaufsicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) und der Bundesbank wahrgenommen. In den vergangenen Wochen ist vor allem Erstere wegen der Probleme bei der Sachsen LB und der Mittelstandsbank IKB in die Kritik geraten: Der Bafin wird vorgeworfen, im Falle der Sachsen LB ihre Aufsichtsführung Koalitionspolitiker jetzt eine Verbesserung der Bankenaufsicht. Allen voran meldet sich Wirtschafts-

minister Michael Glos zu Wort: Er will den Einfluss der Bafin einschränken und mehr auf die Expertise der Bundesbank setzen.

Bisher übernimmt die Bundesbank die laufende und operative Aufsicht, das heißt die Auswertung regelmäßiger Berichte und Meldungen sowie die Prüfung, ob die Eigenkapitalausstattung und die Risikosteuerung angemessen sind. Die Bafin dagegen ist das Exekutivorgan und für hoheitliche

Aufgaben zuständig. Sie kann unter anderem auch Prüfungen und Sonderprüfungen anordnen.

Wenn die Einlagen der Gläubiger ernsthaft gefährdet sind oder Insolvenzgefahr besteht, hat die Bankenaufsicht besonders weit reichende Befugnisse. Unter gegebenen Voraussetzungen kann die Bafin sogar in die Geschäftstätigkeit unmittelbar eingreifen, die Annahme von Einlagen untersagen und das Kreditinstitut für den Verkehr mit der Kundschaft schließen. *pda*



FOTO: FRANK DARCHINGER

BUCHFÜHRUNG

Durchblick gefunden

Jeder, der Aktien besitzt, dürfte schon einen Geschäftsbericht in der Hand gehalten haben. Wenige werden das umfangreiche Dokument gelesen, kaum jemand dürfte es in allen Einzelheiten verstanden haben. Denn für die meisten Laien bestehen Bilanzen schlicht aus einer Ansammlung von Posten, die ihnen nichts sagen. Hinzu kommt: Die Unternehmensbilanzierung befindet sich in einem fundamentalen Wandel. Die Rechnungslegung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) verliert an Bedeutung. Immer mehr Unternehmen erstellen ihre Abschlüsse nach internationalen Standards. Orientierung im Zahlensdschungel bietet „Bilanzen leicht verständlich“ von Christoph Schlienkamp. Der Autor, der den Bereich Research bei einer Düsseldorf-



fer Bank leitet, erläutert grundlegende Begriffe wie „Pensionsrückstellungen“ oder „Betriebsergebnis“ und stellt den Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen her. Außerdem erhält der Leser einen detaillierten und sehr gut strukturierten Überblick über die aktuellen Entwicklungen bei der Erstellung von Unternehmensbilanzen und lernt den Aufbau und die Prinzipien der einzelnen Bilanzarten kennen. Spannend wie ein Krimi lesen sich die Zahlenwerke zwar auch dann nicht, wenn man sie durchschaut. Doch Wissen hat noch keinem Anleger geschadet. *tip*

Christoph Schlienkamp: *Bilanzen leicht verständlich*. FinanzBuch Verlag, München 2007. 393 Seiten, 19,90 Euro.

Vorsicht, Falle!

Im Sommer war die Börsenwelt noch in Ordnung. Der Dax stellte seinen alten Rekord von 8336 Punkten ein. Manch ein Analyst sah den heimischen Leitindex bis Mitte 2008 sogar auf 9000 Zähler klettern. Doch wenige Wochen später platzte die Immobilienblase in den USA. Seitdem geht es mit den Aktienkursen deutscher Unternehmen bergab. Und das, obwohl die Firmen weiterhin gute Geschäfte machen. Da überlegt manch ein Privatmann, ob sein Sparrent nicht besser auf dem Tagesgeldkonto aufgehoben ist als in Unternehmens- oder Fondsanteilen. „Die gefährlichsten Börsenfallen – und wie man sie umgeht“ von Uwe Lang hilft Kleinanlegern, bei den ersten Schritten auf dem rutschigen Finanzparkett das Gleichgewicht nicht zu verlieren. So rät der Autor, Anlageempfehlungen in Ma-



gazin und Fernsehsendungen nicht leichtgläubig zu folgen. Denn ein Trend, etwa der Hype bei Nanotechnologie-Papieren, sei schon sehr weit fortgeschritten, wenn über ihn berichtet werde, schreibt Lang. Ist das Geld erst mal angelegt, gilt: „Gute Aktien halten, schlechte auch mit Verlust verkaufen!“ Einblicke in sogenannte „alternative“, hochriskante Investitionsmöglichkeiten wie Hedgefonds und Hebelpapiere sowie Erläuterungen zum Geschäftsmodell von Private-Equity-Gesellschaften, die zunehmend um Privatanleger werben, runden den Ratgeber ab. *tip*

Uwe Lang: *Die gefährlichsten Börsenfallen – und wie man sie umgeht*. Campus Verlag, Frankfurt/Main 2007. 188 Seiten, 24,90 Euro.

BRÜSSELER SPITZEN

Fortschritt für Afrika und Europa

Von Sabine Seeger

Ist es der Druck des chinesischen Engagements in Afrika? Oder bloß die Tatsache, dass der Schwarze Kontinent zum ersten Mal in seiner wechselvollen Geschichte Wachstumsraten von fünf bis sechs Prozent aufweist? Die EU will jedenfalls weg von ihrer bisherigen Afrika-Politik, die sich oft auf reines Krisenmanagement und Entwicklungshilfe konzentriert hat. Jetzt, wo in vielen afrikanischen Staaten gut ausgebildete und an westlichen Werten orientierte Jungpolitiker die alten Machthaber ablösen, will die EU die Gunst der Stunde nutzen. Das alte Geber-Empfänger-Muster soll der Vergangenheit angehören, angesagt ist ein Umgang zwischen gleichwertigen Partnern. Das ist der Kern der neuen

Afrika-Strategie, mit der Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf dem EU-Afrika-Gipfel Anfang Dezember in Lissabon die Wende einleiten will. Über die Aufbauhilfe hinaus müsse man politisch kooperieren, und zwar überall dort, wo gemeinsame Pate stehen kann und will seine Behörde beispielsweise beim Aufbau eines afrikanischen Binnenmarktes. Und Umwelt-, Energie- und Klimafragen brennen beiden Partnern auf den Nägeln. Hier wie dort ist der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen Voraussetzung für lang anhaltendes Wirtschaftswachstum.

Wasser ist knapp, nicht nur in Afrika. Schwarzeherz prophezeien schon lange Kriege um das kostbare Nass. Davon

ist Europa zwar weit entfernt, aber auch unseren Breiten droht Mangel. Der ließe sich durch Modernisierung der gesamten Versorgung vermeiden. Eine von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas in Auftrag gegebene Studie kommt jedenfalls jetzt zu dem Ergebnis, dass Europa allein durch technische Verbesserungen vierzig Prozent seines Wasserkonsums einsparen könnte. „Wir müssen der ungeheuren Verschwendung ein Ende setzen und den effizienten Verbrauch in das Zentrum unserer Politik rücken“, erklärte der Grieche. Er denkt auch über eine Verteuerung nach, um den Konsum zu drosseln. Bisher aber hat der Umweltkämpfer die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Auf dem Treffen der europäischen Umweltminister in Lissabon machte sich jetzt zwar die por-

tugiesische Ratspräsidentschaft dafür stark, dem Wassermangel durch europäische Gesetze vorzubeugen. Die Minister der 26 anderen EU-Staaten aber verweigerten ihre Gefolgschaft. Zunächst. Denn die Entscheidung ist nur verschoben.

Mit der Summe von 347 Milliarden Euro wird Brüssel in der kommenden Finanzperiode (2007 bis 2013) Europas Regionen päppeln. Ob die Förderung auch im Sinne der neuen Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und demografische Entwicklung ist, wird die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin Danuta Hübner beim Vierten Europäischen Kohäsionsforum Ende des Monats in Brüssel mit 800 Vertretern aus der EU diskutieren.

BILANZPRÜFUNG

Aus dem RM vom 9.9.1977

Unter der Überschrift „Die Hobelbank für den Hausgebrauch“ machte der RM seine Leser vor 30 Jahren mit einem neuen Phänomen bekannt: den Baumärkten. „Die Unternehmen bieten ihren Kunden durchweg ein umfangreiches Programm, das fix und fertig, einsatz- und montagebereit, in Kartons und Folien verpackt und nötigenfalls mit detaillierten Montage- beziehungsweise Verlegeanleitungen oder Schaltskizzen versehen ist“, wurde damals die wundersame Welt der Heimwerkermärkte beschrieben. „Ein Unternehmen bietet sogar eine Sauna zum Mitnahmepreis von 1995 DM an“, staunte die Autorin. Vor 30 Jahren bezifferte die Gesellschaft für Konsumforschung das Marktvolumen der Do-it-

yourself-Geschäfte auf 22 Milliarden D-Mark (umgerechnet etwa 11,3 Milliarden Euro). Verglichen mit heute ist das wenig. Laut Bundesverband Deutscher Heimwerker-, Bau- und Gartenfachmärkte setzten Lasten mehr als 1000 Quadratmeter Verkaufsfläche vergangenes Jahr rund 17,88 Milliarden Euro um. Und die Märkte werden immer größer. Im Durchschnitt verfügen sie über mehr als 5000 Quadratmeter Verkaufsfläche. Die Zeiten des Booms sind jedoch auch bei Obi, Hornbach und Co. vorbei. Zwar schnitten die Märkte 2006 besser ab als der Einzelhandel insgesamt. Doch berücksichtigt man die Entwicklung der Verkaufsfläche, schrumpfte die Branche um 1,6 Prozent. *sl*